

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende des DGB

Veranstaltung

„Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienst! Was ist zu tun?“

am 23. März 2016 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Rüter,

vielen Dank für die freundliche Begrüßung und dass wir, die Hans-Böckler-Stiftung
und der Deutsche Gewerkschaftsbund, bei Ihnen zu Gast sein dürfen.

Beinahe täglich berichten Medien über Gewalt, auch Gewalt gegen Beschäftigte
des öffentlichen Dienstes. Da schleicht sich ein unbehagliches Gefühl ein. Zuneh-
mend stellen sich viele Bürgerinnen und Bürger die Frage: Ist unser öffentliches Le-
ben von mehr Gewalt geprägt als dies in früheren Jahren der Fall war? Dies lässt
sich sicher nicht pauschal mit „ja“ beantworten. Bestimmte Medien stürzen sich
gerade auch solche Nachrichten und führen zu „gefühlter Gewaltzunahme“.

Unser heutiger wissenschaftlicher Hauptreferent hat vor kurzem erst darauf hingewiesen: wir leben heute in der sichersten Republik seit über 15 Jahren. Herr **Professor Christian Pfeiffer**, ich begrüße Sie herzlich bei uns. -

Andererseits berichten viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von einer Zunahme gewalttätiger Übergriffe gegen sie. Das wollen, das müssen wir ernst nehmen und das ist auch der Grund für unsere heutige Tagung.



Bislang ist die Datenlage für den gesamten öffentlichen Dienst dünn. Doch machen Zahlen für die Polizei deutlich: Es gibt in der Tat Anhaltspunkte für mehr Gewalt. So weist die Polizeiliche Kriminalstatistik seit 2011 eine zunehmende Zahl an Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte aus. Waren es 2011 noch 54.870 Straftaten, lag der Wert 2014 bei 62.770. Innerhalb von drei Jahren ist das eine Steigerung um fast 15 Prozent. Dass diese Entwicklung überhaupt dokumentiert wurde, ist dem harten Ringen unserer Mitgliedsgewerkschaft GdP zu verdanken.

Aber auch die Erfahrungen anderer Beschäftigter des öffentlichen Dienstes bestätigen: Körperliche und vor allem verbale Übergriffe sind keine Einzelfälle. Darüber wollen wir heute mit zwei Praktikern diskutieren und die Erlebnisse plastisch machen. Ich begrüße daher herzlich **Gerd Zimmer**, den Vorsitzenden des Personalrats des Jobcenters Köln, und **Kevin Komolka**, den Vorsitzenden der Jungen Gruppe der GdP.

Die Hans-Böckler-Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund laden zu der heutigen Veranstaltung aus vier Gründen ein:

Erstens: Wir wollen für das Thema sensibilisieren, wir wollen, dass die Ängste und die Gewalterfahrungen der Beschäftigten ernst genommen werden.

Zweitens Wir wollen Aufschlüsse dazu geben, wie Beschäftigte mit Gewalterfahrungen und der Androhung von Gewalt umgehen können: Wie können sie sich schützen? Was kann man individuell oder in der Dienststelle präventiv tun? Was wird dafür als Unterstützung benötigt? Und: Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass die Betroffenen mit den psychischen und physischen Folgen eines Übergriffes nicht allein gelassen werden dürfen.

Drittens: Wir wollen aufzeigen, welche empirischen Befunde es gibt und wo Forschungsbedarf besteht. Wir brauchen verlässliche Zahlen.

Viertens – last but not least –: Wir wollen sicherstellen, dass alle notwendigen politischen Schlüsse aus der Zunahme von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gezogen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.



Wir freuen uns daher in unserer Mitte den Innenminister des Landes Niedersachsen, **Boris Pistorius**, begrüßen zu können. Wir begrüßen darüber hinaus den Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, **Bernd Krömer**. Beide Referenten werden uns Hinweise dazu geben, was die Exekutive tut, tun will und tun kann, um Gewalt gegen ihre Beschäftigten zu verhindern oder zumindest einzudämmen.

Gewalt gegen Beschäftigte ist nicht nur ein Thema der Polizei. Unsere Kolleginnen und Kollegen erleben diese auch in Bürgerämtern, Finanzämtern und Jobcentern. Ich freue mich daher den GdP-Vorsitzenden **Oliver Malchow** und **Wolfgang Pieper**, Vorstandsmitglied bei ver.di bei uns begrüßen zu können.

Für Beamtinnen und Beamte, die Opfer von Gewalt wurden, konnten der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften erreichen, dass der Dienstherr Bund künftig offene Schmerzensgeldforderungen gegen mittellose Täter übernimmt. Schleswig-Holstein und Bayern hatten entsprechende Regelungen bereits zuvor erlassen, andere Bundesländer ziehen nun ebenfalls nach. Wir setzen uns dafür ein, dass zeitnah alle Länder diesem Beispiel folgen. Trotz des bestehenden Verbesserungsbedarfs können die Regelungen als Erfolg der Gewerkschaften bewertet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.



Aus aktuellem Anlass möchte ich auf einen weiteren Punkt eingehen, der Wert-schätzung für die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausdrückt. Das ist die Besoldungspolitik. Das Bundesinnenministerium hat einen Referentenentwurf vorgelegt, in dem es die Besoldungskürzung für die Speisung der Versorgungsrücklage des Bundes bis 2031 fortschreiben will. Das hört sich zunächst für den unbeteiligten Dritten nicht unvernünftig an. Dazu muss man aber wissen: Die Maßnahme war explizit befristet bis 2017 geplant. Für die Nachhaltigkeit der Versorgung soll in Zukunft schließlich der Versorgungsfonds sorgen. Gleichzeitig wurde uns immer signalisiert, dass sich die Gewerkschaften in Zukunft auf die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme der Tarifiergebnisse durch den Bund verlassen können. Zuletzt wurde das bei den mündlichen Verhandlungen zur R-Besoldung beim Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr angedeutet.

Aber auch der Minister hat uns das so vermittelt. Wenn das BMI mit seinen Plänen einer Fortsetzung der Besoldungskürzungen um 14 Jahre im Parlament erfolgreich ist, droht uns dieses Szenario auch in allen Ländern. Wir wollen auch, dass die Versorgung nachhaltig finanziert wird.



Die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben mittels zahlreicher Einschnitte aber mittlerweile ein milliardenschweres Sonderopfer erbracht, um das vorsichtig auszudrücken, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leisten gute Arbeit und dafür haben sie ein gutes Einkommen verdient. Mit der Besoldungspolitik nach Gutsherrenart muss endlich Schluss sein.

Wir wollen „Verhandeln statt Verordnen“! Unsere Zustimmung zu weiteren Besoldungskürzungen wird es nicht geben. Der DGB setzt sich gerade im parlamentarischen Raum mit Energie dafür ein, dass sich die Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch materiell ausdrückt.

Wertschätzung drückt sich darüber hinaus darin aus – und damit komme ich zum Thema unserer Tagung zurück, dass Beschäftigte durch ihren Dienstherrn und den Gesetzgeber Unterstützung erfahren: Unser Anspruch muss sein, Gewalt zu verhindern. Gänzlich kann uns das vielleicht nicht gelingen, doch wir müssen den Beschäftigten zumindest die richtigen Instrumente an die Hand geben, um Gewalt abzuwenden bzw. mit ihr umzugehen.



Über die Handlungsmöglichkeiten jedes Einzelnen hinaus brauchen wir aber auch eine bedarfsgerechte Personalausstattung. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für einen öffentlichen Dienst, der im wahrsten Sinne des Wortes Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen können soll. Die schwarze Null ist also kein anbetungswürdiger Götze!

Vielmehr muss die Handlungsfähigkeit des Staates im Vordergrund des politischen Handelns stehen. Denn: Ohne einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst verliert unser Land seine Zukunftsfähigkeit. Das gilt auch in der Flüchtlingspolitik. Unser Staat muss seine Handlungsfähigkeit hier zeigen.

Dass der öffentliche Dienst in der Flüchtlingspolitik manchmal an die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Beschäftigten und darüber hinaus gestoßen ist, wissen wir. Die populistische Politik von AfD und Co. trägt jetzt aber auch zu einer Verschlechterung des Klimas bei, welche zu mehr Gewalt gegen Beschäftigte führt. Aber umso Handlungsfähiger der Staat ist, desto besser lässt sich auch das gesellschaftliche Klima positiv beeinflussen.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine Tagung, die uns Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Herzlich willkommen!